



Adenauer 1953 in den Vereinigten Staaten (mit Richard Nixon, l.)

ZEITGESCHICHTE

Die CIA zahlte

Konrad Adenauer, Winston Churchill und andere europäische Spitzenpolitiker ließen sich in den fünfziger Jahren ihre Propaganda für den Europa-Gedanken vom amerikanischen Geheimdienst CIA bezahlen. Das belegen Dokumente aus britischen und amerikanischen Archiven.

Danach ging im Sommer 1948 Churchill, damals Oppositionsführer im britischen Unterhaus, die Amerikaner um Geld für die Europäische Bewegung an. Diese war als überparteiliche, internationale Dachorganisation aller Europa-Verbände gerade

erst gegründet worden, um für die Vereinigten Staaten von Europa zu werben.

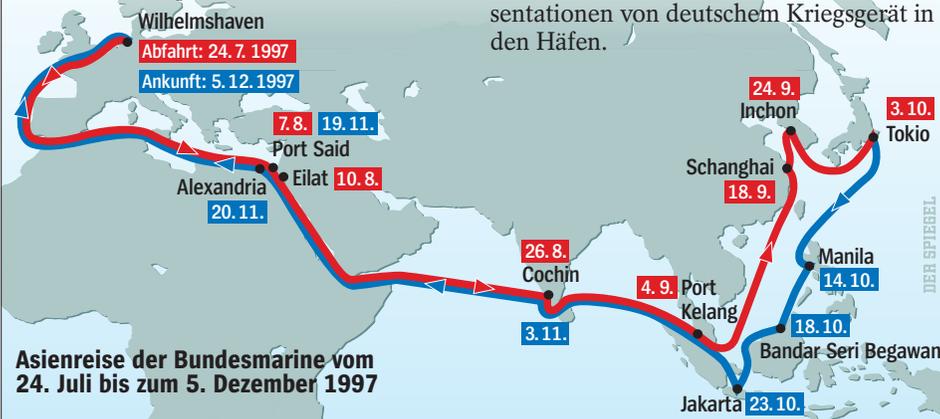
Auf Order des späteren CIA-Chefs Allan Dulles richtete der Dienst zur verdeckten Finanzierung das American Committee on United Europe ein. Dieses organisierte und bezahlte Bundeskanzler Adenauers Werbeauftritte für die europäische Einigung in New York 1953, finanzierte mehrere hundert Pro-Europa-Veranstaltungen und bewahrte die Europäische Bewegung, zu deren Ehrenpräsidenten Adenauer gehörte, zweimal vor dem Bankrott. Nach Berechnungen des britischen Politologen Richard Aldrich kostete das Europa-Engagement die CIA zwischen drei und vier Millionen Dollar, mehr als die Hälfte aller Gelder, die der Organisation zur Verfügung standen.

RÜSTUNG

Botschafter in Blau

Zum Auftakt einer gut viermonatigen Werbetour besuchen deutsche Kriegsschiffe in dieser Woche erstmals den israelischen Hafen Eilat am Roten Meer. Die Fregatten „Bayern“ und „Bremen“ sowie die Versorgungsschiffe „Rhön“ und „Glücksburg“ fahren anschließend über Indien, Malaysia, China und Südkorea weiter nach Japan. Am 3. Oktober, dem

Tag der Deutschen Einheit, werden sie Tokio erreichen. Der Törn ist sorgfältig mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt – und mit der Rüstungsindustrie. Auf dem Rückweg sollen die rund 600 Marinesoldaten als „Botschafter in Blau“ auf den Philippinen, in Indonesien, Singapur, Brunei und Ägypten für Deutschland werben. Zum offiziellen Auftrag des Verbands gehört – neben gemeinsamen Übungen mit Kriegsschiffen befreundeter Länder – die „Unterstützung der deutschen Werftindustrie und ihrer Zulieferfirmen“, samt Präsentationen von deutschem Kriegsgerät in den Häfen.



HILFSLIEFERUNGEN

Abzocken beim Zoll

Die Ukraine behindert mit bürokratischen Schikanen humanitäre Hilfe aus Deutschland. Hilfsorganisationen klagen über Wucherzölle, Behördenschlamperei und Willkürakte.

Obwohl die Regierung in Kiew weitgehende Zollfreiheit für humanitäre Güter versprochen hat, versuchen Beamte, hohe Summen zu kassieren. 14 000 Mark verlangten örtliche Zöllner von der Lutherischen Kirchenmission aus Greifenstein (Hessen), die einem Bibelinstitut in der Region Cherkassy einen Volkswagen-Bus spenden wollte. Als die Helfer deshalb den Wagen nach Deutschland zurückzubringen versuchten, forderten die Ukrainer die gleiche Summe. Erst nach Intervention des Bonner Kanzleramts kam der Wagen frei.

Selbst in akuten Notfällen kommt es bei Transporten zu mehrmonatigen Verzögerungen. Als Anfang Juni in Dnepropetrowsk nach einem Erdbeben rund 4000 Menschen obdachlos geworden waren, organisierten deutsche Hilfsdienste sofort zwei Lkw-Ladungen mit Nahrungsmitteln, Wolldecken und Klappbetten. Doch nur eine Ladung aus Deutschland gaben die Ukrainer frei, der zweite Laster steht bis heute verschlossen herum.



Hilfssendung (des Roten Kreuzes)

Viele Lieferungen werden wegen angeblich fehlender Zertifikate zu Hygienebestimmungen, Seuchenfreiheit der Herkunftsgebiete oder Medikamentensicherheit aufgehalten. Ein Transport des Weimarer Tschernobyl-Hilfsvereins und der Stadtverwaltung Sonneberg (Thüringen) für Kiewer Familien mußte vollbeladen umkehren. Dem Zahnarzt einer Kolchosa bei Kiew verplombten Zollbeamte die gesamte Praxis, weil er von einem Besuch in Deutschland ein gebrauchtes medizinisches Gerät mitgebracht hatte. Es war Teil einer Spendenaktion des Starnberger Kreises Osteuropahilfe.

Hinzu kommen neuerdings Probleme bei der Fahrt durch Polen. Warschauer Zöllner können auch bei humanitären Transporten hohe Kauttionen verlangen, obwohl die Lkw bei ihrer Transit-Fahrt überhaupt nicht geöffnet werden.